

**No. 26158**

---

**AUSTRIA  
and  
FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY**

**Convention for the avoidance of double taxation with respect  
to taxes on inheritances (with final protocol). Signed at  
Bonn on 4 October 1954**

*Authentic text: German.*

*Registered by Austria on 16 September 1988.*

---

**AUTRICHE  
et  
RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE**

**Accord tendant à éviter la double imposition en matière d'im-  
pôts sur les successions (avec protocole final). Signé à  
Bonn le 4 octobre 1954**

*Texte authentique : allemand.*

*Enregistrée par l'Autriche le 16 septembre 1988.*

## [GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

ABKOMMEN ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER  
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND ZUR VERMEIDUNG  
DER DOPPELBESTEuerung AUF DEM GEBIETE DER  
ERBSCHAFTSTEUERN

---

Die Republik Österreich und die Bundesrepublik Deutschland sind, von dem Wunsche geleitet, auf dem Gebiete der Erbschaftsteuern die Doppelbesteuerung zu vermeiden, übereingekommen, das nachstehende Abkommen abzuschließen. Zu diesem Zweck haben zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der Bundespräsident der Republik Österreich:

den Sektionschef Dr. J. Stangelberger  
und den Ministerialrat Dr. O. Watzke  
des Bundesministeriums für Finanzen,

Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland:

den Ministerialdirektor im Bundesministerium der Finanzen W. Mersmann.

Die Bevollmächtigten haben nach gegenseitiger Mitteilung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart:

*Artikel 1*

(1) Durch dieses Abkommen soll vermieden werden, daß Nachlaßvermögen von Erblassern, die zur Zeit ihres Todes in einem der beiden oder in beiden Vertragsstaaten ihren Wohnsitz hatten, in beiden Staaten zur Erbschaftsteuer herangezogen wird.

(2) Eine natürliche Person hat einen Wohnsitz im Sinne dieses Abkommens in dem Vertragsstaat, in dem sie eine Wohnung innehat unter Umständen, die darauf schließen lassen, daß sie die Wohnung beibehalten und benutzen wird. Wenn sie in keinem der Vertragsstaaten einen Wohnsitz hat, gilt als Wohnsitz der Ort ihres gewöhnlichen Aufenthaltes.

*Artikel 2*

(1) Erbschaftsteuern im Sinne dieses Abkommens sind:

1. in der Bundesrepublik Deutschland: die Erbschaftsteuer, soweit ihr Erwerbe von Todes wegen oder Zweckzuwendungen von Todes wegen unterliegen;
2. in der Republik Österreich: die Erbschaftsteuer, soweit ihr Erwerbe von Todes wegen oder Zweckzuwendungen von Todes wegen unterliegen.

(2) Das Abkommen ist auf jede andere ihrem Wesen nach gleiche oder ähnliche Steuer (auch Nachlaßsteuer) anzuwenden, die nach seiner Unterzeichnung von einem der Vertragsstaaten eingeführt wird.

(3) Die obersten Finanzbehörden der Vertragsstaaten werden sich gegenseitig über die Einführung neuer Steuern, über wesentliche Änderungen oder die Aufhe-

bung bestehender Steuern, die von diesem Abkommen betroffen werden, unterrichten.

### *Artikel 3*

(1) Unbewegliches Nachlaßvermögen (einschließlich des Zubehörs), das in einem der Vertragstaaten liegt, wird nur in diesem Staate besteuert.

(2) Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen, das in einem der Vertragstaaten liegt, sowie Rechte, die durch Pfandrecht an einem solchen Vermögen gesichert sind oder die auf ihm lasten, werden nur in diesem Staate besteuert.

(3) Zum unbeweglichen Vermögen gehört auch das unbewegliche Betriebsvermögen.

### *Artikel 4*

Für Nachlaßvermögen, das in einem der Vertragstaaten dem Betrieb eines gewerblichen Unternehmens dient, gilt folgendes:

1. Hat das Unternehmen eine Betriebstätte nur in einem der Vertragstaaten, so wird dieses Vermögen nur in diesem Staate besteuert.

2. Hat das Unternehmen Betriebstätten in beiden Vertragstaaten, so wird das Vermögen in jedem der beiden Staaten insoweit besteuert, als es der in diesem Staate liegenden Betriebstätte dient.

### *Artikel 5*

Für Nachlaßvermögen, das nicht nach Artikel 3 oder Artikel 4 zu behandeln ist, gilt folgendes:

1. Hatte der Erblasser zur Zeit seines Todes nur in einem der Vertragstaaten seinen Wohnsitz, so wird dieses Nachlaßvermögen nur in diesem Staate besteuert.

2. Hatte der Erblasser zur Zeit seines Todes in beiden Vertragstaaten einen Wohnsitz, so wird das Nachlaßvermögen nur in dem Staate besteuert, zu dem die stärksten persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen des Erblassers bestanden (Mittelpunkt der Lebensinteressen). Wenn dies nicht festzustellen ist, werden die obersten Finanzbehörden der Vertragstaaten sich nach Artikel 10 verständigen.

### *Artikel 6*

(1) Schulden, die in wirtschaftlichem Zusammenhang mit dem in Artikel 3 oder Artikel 4 bezeichneten Nachlaßvermögen stehen oder auf ihm sichergestellt sind, werden auf dieses Vermögen, angerechnet. Sonstige Schulden werden auf das nach Artikel 5 zu behandelnde Vermögen angerechnet.

(2) Wenn Nachlaßvermögen der in Artikel 3 oder Artikel 4 bezeichneten Art in beiden Vertragstaaten zu versteuern ist, so sind Schulden, die in wirtschaftlichem Zusammenhang mit dem in dem einen Staate zu versteuernden Vermögen dieser Art stehen oder auf ihm sichergestellt sind, zunächst auf dieses Vermögen anzurechnen. Ein nicht gedeckter Rest wird auf das übrige in diesem Staate zu versteuernde Nachlaßvermögen angerechnet. Wenn in diesem Staate kein anderes Nachlaßvermögen zu versteuern ist, oder wenn sich bei der Anrechnung wieder eine Überschuldung ergibt, dann sind die restlichen Schulden auf das Nachlaßvermögen in dem anderen Staat anzurechnen.

(3) Absatz 2 Sätze 2 und 3 gelten sinngemäß, wenn sich nach Absatz 1 Satz 2 in einem der Vertragstaaten eine Überschuldung ergibt.

#### *Artikel 7*

Dieses Abkommen schließt nicht aus, daß jeder Staat die Steuer von dem ihm zur Besteuerung überlassenen Teil des Nachlaßvermögens oder Erwerbs nach dem Satz erheben kann, der dem Wert des gesamten Nachlasses oder des gesamten Erwerbs entspricht.

#### *Artikel 8*

(1) Weist eine Person nach, daß Maßnahmen der Finanzbehörden der Vertragstaaten für sie die Wirkung einer Doppelbesteuerung gehabt haben, die den Grundsätzen dieses Abkommens widerspricht, so kann sie sich, unbeschadet eines innerstaatlichen Rechtsmittels, an die oberste Finanzbehörde des Vertragstaates wenden, in dem sie ihren Wohnsitz hat.

(2) Werden die Einwendungen für begründet erachtet, so soll die nach Absatz 1 zuständige oberste Finanzbehörde versuchen, sich mit der obersten Finanzbehörde des anderen Staates zu verständigen, um eine Doppelbesteuerung zu vermeiden.

#### *Artikel 9*

Die obersten Finanzbehörden der Vertragstaaten werden sich die Mitteilungen machen, die nach den Steuergesetzen der beiden Vertragstaaten verlangt werden können und die erforderlich sind, um dieses Abkommen durchzuführen, insbesondere um Steuerverkürzungen zu verhindern. Der Inhalt dieser Mitteilungen ist geheim zu halten und nur solchen Personen zugänglich zu machen, die nach den gesetzlichen Vorschriften bei der Veranlagung und Erhebung der Steuern im Sinne dieses Abkommens mitwirken.

#### *Artikel 10*

(1) Die obersten Finanzbehörden der Vertragstaaten können bei der Behandlung von Fragen, die sich aus diesem Abkommen ergeben, unmittelbar miteinander verkehren.

(2) Zur Beseitigung von Schwierigkeiten und Zweifeln, die bei der Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens auftreten, sowie zur Beseitigung von Härten auf Grund einer Doppelbesteuerung in Fällen, die in diesem Abkommen nicht geregelt sind, und vor Erlaß von Durchführungsbestimmungen in den Vertragstaaten werden sich die obersten Finanzbehörden gegenseitig ins Einvernehmen setzen.

#### *Artikel 11*

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland der Regierung der Republik Österreich innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

#### *Artikel 12*

(1) Dieses Abkommen soll ratifiziert und die Ratifikationsurkunden sollen sobald wie möglich in Wien ausgetauscht werden. Das Abkommen tritt mit dem Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft und ist auf alle Fälle, in denen

der Erblasser nach diesem Zeitpunkt verstorben ist, anzuwenden. Auf Fälle, in denen der Erblasser bis zu diesem Zeitpunkt verstorben ist, ist der Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Republik Österreich vom 28. Mai 1922 zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Abgaben von Todes wegen weiterhin anzuwenden.

(2) Dieses Abkommen soll so lange in Geltung bleiben, als es nicht von einem der Vertragsstaaten gekündigt wird. Wird mindestens drei Monate vor Ablauf eines Kalenderjahres gekündigt, so verliert das Abkommen mit dem 1. Januar des nächstfolgenden, andernfalls mit dem 1. Januar des zweitfolgenden Jahres seine Wirksamkeit.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten beider Staaten dieses Abkommen unterfertigt und mit Siegeln versehen.

GESCHEHEN in doppelter Urschrift zu Bonn am 4. Oktober 1954.

Für die Republik Österreich:

Dr. J. STANGELBERGER

Dr. O. WATZKE

Für die Bundesrepublik Deutschland:

W. MERSMANN

## SCHLUSSPROTOKOLL

Bei der Unterzeichnung des heute zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland abgeschlossenen Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Erbschaftsteuern haben die unterzeichneten Bevollmächtigten folgende übereinstimmende Erklärung abgegeben, die einen integrierenden Teil des Abkommens selbst bildet:

*Zu Artikel 1*

1. Den gewöhnlichen Aufenthalt im Sinne dieses Abkommens hat jemand dort, wo er sich unter Umständen aufhält, die erkennen lassen, daß er an diesem Ort oder in diesem Land nicht nur vorübergehend verweilt.

*Zu Artikel 2*

2. Die obersten Finanzbehörden im Sinne dieses Abkommens sind in der Bundesrepublik Deutschland der Bundesminister der Finanzen, in der Republik Österreich das Bundesministerium für Finanzen.

3. Die obersten Finanzbehörden der beiden Vertragsstaaten werden sich ins Einvernehmen setzen, wenn Zweifel entstehen sollten, auf welche künftigen Steuern das Abkommen anzuwenden ist. Es besteht Übereinstimmung zwischen den Vertragsstaaten, daß sich das Abkommen nicht auf Schenkungen und Zweckzuwendungen unter Lebenden erstrecken soll.

*Zu Artikel 3*

4. Artikel 3 gilt auch für Rechte, die den Vorschriften des bürgerlichen Rechts der Vertragsstaaten über Grundstücke unterliegen.

5. Ob ein Vermögensgegenstand als unbeweglich anzusehen ist, richtet sich nach dem Steuerrecht des Vertragsstaates, in dem der Gegenstand liegt. Was als Zubehör gilt, richtet sich nach dem Steuerrecht des Vertragsstaates, in dem sich das unbewegliche Nachlaßvermögen befindet.

*Zu Artikel 4*

6. Der Begriff „Betriebsstätte“ richtet sich nach den Vorschriften des am 4. Oktober 1954 zwischen der Vertragsstaaten abgeschlossenen Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuern und der Grundsteuern.

7. Wie Vermögen im Sinne des Artikels 4 werden behandelt:

a) Beteiligungen an gesellschaftlichen Unternehmen mit Ausnahme von Aktien, Kuxen, Anteilscheinen und sonstigen Wertpapieren sowie von Anteilen an Genossenschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung;

b) Beteiligungen an einem Handelsgewerbe als stiller Gesellschafter, wenn mit der Einlage eine Beteiligung am Vermögen des Unternehmens verbunden ist.

*Zu Artikel 5*

8. Nach Artikel 5 sind auch zu behandeln:

a) Beteiligungen an einem Handelsgewerbe als stiller Gesellschafter, wenn mit der Einlage keine Beteiligung am Vermögen des Unternehmens verbunden ist;

b) Nachlaßvermögen der in Artikel 3 bezeichneten Art, das in keinem der Vertragsstaaten liegt;

c) Nachlaßvermögen der in Artikel 4 bezeichneten Art, das keiner Betriebstätte in einem der Vertragstaaten dient.

*Zu den Artikeln 3 bis 7*

9. Das Abkommen berührt nicht den Anspruch auf etwaige weitergehende Befreiungen, die nach allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder besonderen Vereinbarungen den diplomatischen oder konsularischen Beamten zustehen. Soweit auf Grund solcher weitergehenden Befreiungen Nachlaßvermögen im Empfangstaate nicht besteuert wird, bleibt die Besteuerung dem Entsendestaate vorbehalten.

*Zu Artikel 8*

10. Artikel 8 gilt auch für juristische Personen sowie für Personenvereinigungen und Vermögensmassen, die als solche der Besteuerung wie eine juristische Person unterliegen. Bei ihnen tritt an Stelle des Wohnsitzes der Ort ihrer Geschäftsleitung oder, wenn sie in keinem der Vertragstaaten den Ort ihrer Geschäftsleitung haben, der Ort ihres Sitzes in einem der Vertragstaaten.

GESCHEHEN in doppelter Urschrift zu Bonn am 4. Oktober 1954.

Für die Republik Österreich:

Dr. J. STANGELBERGER

Dr. O. WATZKE

Für die Bundesrepublik Deutschland:

W. MERSMANN

---

[TRANSLATION — TRADUCTION]

CONVENTION<sup>1</sup> BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE  
FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY FOR THE AVOIDANCE  
OF DOUBLE TAXATION WITH RESPECT TO TAXES ON IN-  
HERITANCES

The Republic of Austria and the Federal Republic of Germany, desiring to avoid double taxation with respect to taxes on inheritances, have undertaken to enter into the following Convention. For this purpose, they have named as their plenipotentiaries:

The Federal President of the Republic of Austria:

Dr. J. Stangelberger, Section Head, and  
Dr. O. Watzke, Principal Officer,  
at the Federal Ministry of Finance;

The President of the Federal Republic of Germany:

W. Mersmann, Undersecretary, at the Federal Ministry of Finance.

The plenipotentiaries having exchanged their powers found to be in good and due form have agreed as follows:

*Article 1*

(1) The purpose of this Convention is to ensure that estate property of decedents who at the time of their death were resident in one or both of the Contracting States shall not be liable for inheritance tax in both States.

(2) For the purposes of this Convention, a natural person shall be a resident in the Contracting State in which he or she has a dwelling under such circumstances as to indicate that he or she shall keep and use the dwelling. If the person is resident in neither of the Contracting States, residence shall be the place of habitual abode.

*Article 2*

(1) For the purposes of this Convention, inheritance taxes shall be:

1. In the Federal Republic of Germany: The inheritance tax, in so far as such tax is payable on acquisitions or donations *mortis causa*;

2. In the Republic of Austria: Inheritance tax, in so far as such tax is payable on acquisitions or donations *mortis causa*.

(2) The Convention shall apply to any other tax identical or similar to the above (including estate tax) which may be introduced by either of the Contracting States following signature of the Convention.

<sup>1</sup> Came into force on 7 September 1955 by the exchange of the instruments of ratification, which took place at Vienna, in accordance with article 12 (1).



(3) The highest revenue authorities of the Contracting States shall inform one another of the introduction of new taxes and of significant changes to or withdrawal of existing taxes which are affected by this Convention.

#### *Article 3*

(1) Immovable estate property (including any accessory thereto) situated in one of the Contracting States shall be taxed only in that State.

(2) Usufruct of immovable property situated in one of the Contracting States, and rights which are secured to such property by lien or which encumber it, shall be taxed only in that State.

(3) Immovable property shall include also immovable enterprise assets.

#### *Article 4*

In the case of inheritance property which enhances the operation of a commercial enterprise in one of the Contracting States, the following shall apply:

1. If the enterprise has a permanent establishment only in one of the Contracting States, the property shall be taxed only in that State.

2. If the enterprise has permanent establishments in both Contracting States, the property shall be taxed in each of the two States to the extent that it enhances the establishment situated there.

#### *Article 5*

In the case of inheritance property which has not to be dealt with in accordance with article 3 or article 4, the following shall apply:

1. If, at the time of death, the decedent was resident in one of the Contracting States only, such inheritance property shall be taxed only in that State.

2. If, at the time of death, the decedent was resident in both Contracting States, the inheritance property shall be taxed only in the State to which the decedent had the strongest personal and economic links (the centre of vital interests). If that cannot be determined, the highest revenue authorities of the Contracting States shall come to an agreement in accordance with article 10.

#### *Article 6*

(1) Debts which are economically related to the inheritance property described in article 3 or article 4 or are secured thereby, shall be allowed against such property. Other debts shall be allowed against the property to be dealt with in accordance with article 5.

(2) If inheritance property as described in article 3 or article 4 is to be taxed in both Contracting States, then debts which are economically related to the property to be taxed in one State, or are secured thereby, shall first be allowed against such property. Any residue not covered shall be allowed against the remaining inheritance property to be taxed in that State. If there is no more inheritance property to be taxed in that State, or if the allowance of debts against the property results once again in insolvency, then the remaining debts shall be allowed against the inheritance property in the other State.

(3) Paragraph (2), second and third sentences, shall apply as *mutatis mutandis* if, in insolvency with paragraph (1), second sentence, insolvency should arise in one of the Contracting States.

#### Article 7

This Convention shall not exclude the possibility that the part of the inheritance property or acquisition taxable in one State shall be taxed by that State at the rate corresponding to the value of the inheritance property or acquisition as a whole.

#### Article 8

(1) If a person demonstrates that measures taken by the tax authorities of the Contracting States have had a double taxation effect, in contradiction with the basic principles of this Convention, then that person shall be entitled to appeal to the highest tax authority of the Contracting State in which the person is resident, without prejudice to any domestic legal recourse.

(2) If the appeal is found to be well-founded, the highest tax authority which is competent under the terms of paragraph 1 shall attempt to come to an arrangement with the highest tax authority of the other State in order to avoid double taxation.

#### Article 9

The highest tax authorities of the Contracting States shall provide one another with any information which the tax laws of either State allow to be requested and which is required in order to implement this Convention, especially to prevent tax evasion. The content of such communications shall be kept confidential and made accessible only to such persons who under the relevant legal provisions play a part in the assessment and levying of taxes for the purposes of this Convention.

#### Article 10

(1) The highest tax authorities of the Contracting States shall be entitled to deal directly with one another on questions arising out of this Convention.

(2) The highest tax authorities shall come to an understanding in order to eliminate difficulties and doubts which may occur in the interpretation or application of this Convention, and to eliminate hardships caused by double taxation in cases which are not covered thereby, and before the implementing provisions are promulgated in the Contracting States.

#### Article 11

This Convention shall also apply to *Land Berlin* provided that the Government of the Federal Republic of Germany does not make a contrary declaration to the Government of the Republic of Austria within the three months following its entry into force.

#### Article 12

(1) This Convention shall be ratified and the instruments of ratification shall be exchanged at Vienna as soon as possible. The Convention shall enter into force on the date of exchange of the instruments of ratification and shall apply to all cases where the date of decease of the bequeather is later than the date of entry into force of the Convention. Cases in which the bequeather died before that date shall be

governed by the Treaty of 28 May 1922 between the German Reich and the Republic of Austria for the prevention of double taxation in respect of death duties.<sup>1</sup>

(2) This Convention shall remain in force for so long as it is not denounced by one of the Contracting States. If it is denounced at least three months before the end of a calendar year, it shall cease to have effect on 1 January of the following year; otherwise it shall cease to have effect on 1 January of the subsequent year.

IN WITNESS WHEREOF the plenipotentiaries of the two States have signed this Convention and affixed thereto their seals.

DONE at Bonn on 4 October 1954, in duplicate.

For the Republic of Austria:

Dr. J. STANGELBERGER

Dr. O. WATZKE

For the Federal Republic of Germany:

W. MERSMANN

---

<sup>1</sup> League of Nations, *Treaty Series*, vol. XXVI, p. 445.

## FINAL PROTOCOL

Upon the signing of the Convention concluded today between the Republic of Austria and the Federal Republic of Germany for the avoidance of double taxation with respect to taxes on estates and inheritances, the undersigned plenipotentiaries have issued the following joint statement, which forms an integral part of the Convention:

*Ad article 1*

1. Normal residence for the purposes of this Convention shall mean the place where a person stays under circumstances indicating that he or she is not just temporarily in that place or in that country.

*Ad article 2*

2. The highest tax authorities for the purposes of this Convention shall be the Federal Ministry of Finance in the Federal Republic of Germany and the Federal Ministry of Finance in the Republic of Austria.

3. The highest tax authorities of the two Contracting States shall come to an agreement if doubts should arise as to the applicability of the Convention to future taxes. The Contracting States shall agree that the Convention is not intended to extend to special-purpose gifts and donations for living persons.

*Ad article 3*

4. Article 3 shall also apply to rights which are subject to the civil law provisions of the two Contracting States concerning real estate.

5. The question as to whether an item of property is to be considered immovable shall be governed by the tax law of the Contracting State in which the item is situated. The question as to what is to be considered an accessory shall be defined by the fiscal law of the Contracting State in which the immovable inheritance property is situated.

*Ad article 4*

6. The concept of “permanent establishment” shall be defined as specified in the Convention, concluded on 4 October 1954, between the Contracting States for the avoidance of double taxation with respect to income and property tax, trade tax and land tax.

7. Property for the purposes of article 4 shall include:

(a) Participations in business enterprises, except for shares, mining shares, share certificates, other documentary securities and shares in cooperatives and limited liability companies.

(b) Participations in business as a sleeping partner, where investment involves participation in the assets of the business.

*Ad article 5*

8. The following shall also be handled in accordance with article 5:

(a) Participations in a business as a sleeping partner, where investment involves participation in the assets of the business;

(b) Inheritance property as described in article 3, situated in neither of the Contracting States;

(c) Inheritance property as described in article 4, which does not promote a permanent establishment in either of the Contracting States.

*Ad articles 3 to 7*

9. The Convention shall not affect the right to any further exemptions to which diplomatic or consular officials are entitled under general rules of international law or specific agreements. Where such further exemptions allow, inheritance property not to be taxed in the receiving State, the sending State shall be entitled to tax accordingly.

*Ad article 8*

10. Article 8 shall apply also to legal persons, associations and estates which are subject to taxation in the same way as a legal person. In such cases, the residence shall be replaced by the site of the management, or by the site of the headquarters in one of the Contracting States if the management is situated elsewhere.

DONE at Bonn, on 4 October 1954, in duplicate.

For the Republic of Austria:

Dr. J. STANGELBERGER

Dr. O. WATZKE

For the Federal Republic of Germany:

W. MERSMANN

---

[TRADUCTION — TRANSLATION]

ACCORD<sup>1</sup> ENTRE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ET LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE TENDANT À ÉVITER LA DOUBLE IMPOSITION EN MATIÈRE D'IMPÔTS SUR LES SUCCESSIONS

La République d'Autriche et la République fédérale d'Allemagne sont convenues de conclure la présente Convention en vue d'éviter la double imposition en matière d'impôts sur les successions. A cette fin, elles ont désigné comme leurs plénipotentiaires :

Le Président fédéral de la République d'Autriche :

M. J. Stangelberger, Chef de département, et  
M. O. Watzke, Conseiller ministériel,  
au Ministère des finances.

Le Président de la République fédérale d'Allemagne :

M. W. Mersmann, Directeur au Ministère fédéral des finances.

Après avoir échangé leurs pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, les plénipotentiaires sont convenus de ce qui suit :

*Article premier*

1) La présente Convention a pour objet d'éviter que les successions de personnes qui, au moment de leur mort, étaient résidents de l'un des deux Etats contractants ou des deux Etats contractants ne soient soumises aux impôts sur les successions dans les deux Etats contractants.

2) Au sens de la présente Convention, les personnes physiques sont réputées résider dans l'Etat contractant dans lequel elles ont un foyer d'habitation dans des conditions qui permettent de conclure qu'elles y habitent et qu'elles l'utilisent. Les personnes physiques qui n'ont de foyer d'habitation dans aucun des Etats contractants sont réputées résider dans leur lieu de séjour habituel.

*Article 2*

1) Au sens de la présente Convention, on entend par impôts sur les successions :

1. En République fédérale d'Allemagne : L'impôt sur les successions, dans la mesure où ils sont perçus en raison d'un décès ou à des fins liées à un décès.

2. En République d'Autriche : L'impôt sur les successions, dans la mesure où ils sont perçus en raison d'un décès ou à des fins liées à un décès.

2) La présente Convention s'applique à tout autre impôt de même nature ou de nature analogue (également à tout impôt sur les successions) qui serait instauré par l'un des Etats contractants après sa signature.

<sup>1</sup> Entré en vigueur le 7 septembre 1955 par l'échange des instruments de ratification, qui a eu lieu à Vienne, conformément au paragraphe 1 de l'article 12.

3) Les autorités financières supérieures des deux Parties contractantes s'informeront de l'instauration de nouveaux impôts, des modifications importantes qui seraient apportées aux impôts existants visés par la présente Convention ou de la suppression de ces impôts existants.

#### *Article 3*

1) Les successions sur les biens immobiliers (y compris les éléments accessoires) situés sur le territoire de l'un des Etats contractants ne sont imposables que dans cet Etat.

2) L'usufruit de biens immobiliers situés sur le territoire de l'un des Etats contractants ainsi que les droits garantis par ces biens ou par une hypothèque sur ces biens ne sont imposables que dans cet Etat contractant.

3) Par biens immobiliers, on entend aussi le capital fixe des entreprises.

#### *Article 4*

Les dispositions ci-après s'appliquent à l'impôt sur les successions des biens qui servent à l'exploitation d'une entreprise située dans l'un des Etats contractants :

1) Si l'entreprise n'a d'établissement stable que dans l'un des Etats contractants, ces biens ne sont imposables que dans cet Etat.

2) Si l'entreprise a des établissements stables dans les deux Etats contractants, les biens sont imposables chacun dans l'Etat contractant sur le territoire duquel se trouve l'établissement stable auquel ils servent.

#### *Article 5*

Les dispositions ci-après s'appliquent à la succession des biens qui ne sont pas visés à l'article 3 ni à l'article 4 de la présente Convention :

1) Si, au moment de sa mort, le défunt n'était résident que d'un des Etats contractants, la succession n'est imposable que sur le territoire de cet Etat.

2) Si au moment de sa mort, le défunt était résident des deux Etats contractants, la succession n'est imposable que dans l'Etat avec lequel le défunt avait les relations personnelles ou d'affaires les plus étroites (centre des intérêts personnels). S'il n'est pas possible de déterminer ces relations, les autorités financières supérieures des deux Etats contractants conviennent des dispositions à prendre conformément à l'article 10 de la présente Convention.

#### *Article 6*

1) Les dettes qui, d'un point de vue commercial, sont liées à la masse successorale visée à l'article 3 ou à l'article 4 de la présente Convention ou sont garanties par elle sont déduites de cette masse. Les autres dettes sont déduites des biens visés à l'article 5 de la présente Convention.

2) Si des biens successoraux visés à l'article 3 ou à l'article 4 de la présente Convention sont imposables dans les deux Etats contractants, les dettes qui ont un rapport commercial avec ceux de ces biens qui sont imposables dans l'un des Etats contractants ou garantis par eux sont d'abord déduits desdits biens. Les dettes qui dépasseraient le montant de ces biens sont décomptées du reste de la masse successorale imposable dans ledit Etat. Si aucun autre bien successoral n'est imposable

dans cet Etat, ou si les dettes dépassent à nouveau le montant des biens, le reliquat de la dette est déduit de la masse successorale imposable dans l'autre Etat.

3) Les dispositions des phrases 2 et 3 du paragraphe 2 du présent article s'appliquent *mutatis mutandis* si les dettes dépassent le montant des biens successoraux visés à la deuxième phrase du paragraphe 1 du présent article dans l'un des Etats contractants.

#### Article 7

Aucune disposition de la présente Convention n'interdit à l'un des Etats contractants d'imposer la part des biens successoraux ou du produit de ces biens imposables sur son territoire au taux qu'elle appliquerait pour imposer l'ensemble de la masse successorale totale ou la totalité de ses produits.

#### Article 8

1) Toute personne qui apporte la preuve que les mesures qui lui sont appliquées par les autorités financières des Etats contractants ont l'effet d'une double imposition contraire aux principes de la présente Convention peut, indépendamment de tout recours de droit interne, saisir les autorités financières supérieures de l'Etat contractant dont elle est résidente.

2) Si les motifs invoqués sont jugés fondés les autorités financières supérieures visées au paragraphe 1 du présent article s'efforcent de convenir avec les autorités financières supérieures de l'autre Etat contractant de dispositions permettant d'éviter une double imposition.

#### Article 9

Les autorités financières supérieures des deux Etats contractants se transmettront les informations qui peuvent être exigées conformément à la législation fiscale des deux Parties contractantes et qui sont nécessaires à l'application de la présente Convention, particulièrement celles qui sont nécessaires pour empêcher les fraudes. La nature de ces informations est gardée confidentielle et n'est communiquée qu'aux personnes qui participent au calcul et à la perception de l'impôt au sens de la présente Convention.

#### Article 10

1) Les autorités financières supérieures des Etats contractants peuvent régler directement entre elles les questions posées par l'application de la présente Convention.

2) Les autorités financières supérieures des deux Parties contractantes conviendront de dispositions afin d'éliminer les difficultés et les incertitudes dues à l'interprétation ou à l'application de la présente Convention ainsi que les impositions excessives qui pourraient résulter d'une double imposition dans les cas qui ne sont pas visés par la présente Convention et s'avertiront de l'adoption des décrets d'application dans les deux Etats contractants.

#### Article 11

La présente Convention s'applique aussi au Land de Berlin pour autant que le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne n'aura pas remis de notification contraire au Gouvernement de la République d'Autriche dans les trois mois qui suivront l'entrée en vigueur de la présente Convention.



*Article 12*

1) La présente Convention est soumise à ratification et les documents de ratification seront échangés dès que possible à Vienne. La Convention entrera en vigueur à la date de l'échange des instruments de ratification et sera applicable à toutes les successions des personnes décédées après cette date. Le Traité du 28 mai 1922 entre le Reich allemand et la République d'Autriche en vue d'éviter la double imposition dans le domaine des droits de succession<sup>1</sup> continuera de s'appliquer aux successions des personnes décédées avant la date d'entrée en vigueur de la Convention.

2) La présente Convention restera en vigueur tant qu'elle n'aura pas été dénoncée par l'un des Etats contractants. Si la dénonciation a lieu au moins trois mois avant la fin d'une année civile, la Convention cesse d'avoir effet au 1<sup>er</sup> janvier de l'année suivante; dans le cas contraire, elle cesse d'avoir effet au 1<sup>er</sup> janvier qui vient immédiatement après cette année suivante.

EN FOI DE QUOI, les plénipotentiaires des deux Etats contractants ont conclu la présente Convention et y ont apposé leurs sceaux.

FAIT à Bonn le 4 octobre 1954 en deux exemplaires originaux.

Pour la République d'Autriche :

J. STANGELBERGER

O. WATZKE

Pour la République fédérale d'Allemagne :

W. MERSMANN

<sup>1</sup> Société des Nations, *Recueil des Traités*, vol. XXVI, p. 445.

## PROTOCOLE FINAL

Lors de la signature, ce jour, de la Convention conclue entre la République d'Autriche et la République fédérale d'Allemagne tendant à éviter la double imposition en matière d'impôts sur les successions, les plénipotentiaires soussignés ont fait la déclaration suivante, qui fait partie intégrante de la Convention.

*En ce qui concerne l'article premier*

1. Au sens de la présente Convention, par lieu de séjour habituel, on entend le lieu où l'intéressé séjourne dans des conditions qui laissent entendre qu'il ne réside pas seulement provisoirement dans ce lieu ou dans ce pays.

*En ce qui concerne l'article 2*

2. Au sens de la présente Convention, on entend par autorités financières supérieures, en République fédérale d'Allemagne, le Ministère fédéral des finances et, en République d'Autriche, le Ministère fédéral des finances.

3. Les autorités financières supérieures des deux Etats contractants s'entendent en cas de contestation au sujet des impôts futurs auxquels la Convention devrait s'appliquer. Les Etats contractants reconnaissent que la présente Convention ne s'applique pas aux donations et dons entre personnes vivantes.

*En ce qui concerne l'article 3*

4. Les dispositions de l'article 3 s'appliquent aussi aux droits auxquels s'appliquent les dispositions du droit civil des Etats contractants relatives aux terrains.

5. Le caractère immobilier d'un bien est déterminé par la législation fiscale de l'Etat contractant sur lequel se trouve ce bien. Le caractère accessoire d'un bien est déterminé par la législation fiscale de l'Etat contractant sur lequel se trouve le bien immobilier faisant partie de la masse successorale.

*En ce qui concerne l'article 4*

6. Les établissements stables sont définis par les dispositions de la Convention conclue entre les deux Etats contractants le 4 octobre 1954 afin d'éviter la double imposition concernant l'impôt sur le revenu et la fortune ainsi que l'impôt sur le chiffre d'affaires et l'impôt sur les terrains.

7. Sont assimilés à des biens au sens de l'article 4 :

a) Les prises de participation dans des sociétés, à l'exception des actions, parts minières, bons de participation et autres valeurs ainsi que les participations à des sociétés en coopérative et à des sociétés à responsabilité limitée;

b) Les participations dans une entreprise commerciale à titre d'associé si cette participation n'est pas liée de part dans le capital de l'entreprise.

*En ce qui concerne l'article 5*

8. Les dispositions de l'article 5 s'appliquent aux :

a) Prises de participation dans des entreprises commerciales à titre d'associé si cette participation n'est pas liée à une prise de parts de capital de l'entreprise;

b) Les biens successoraux visés à l'article 3, qui ne sont situés dans aucun des deux Etats contractants;

c) Les biens successoraux visés à l'article 4 et qui ne servent pas à un établissement stable dans l'un des Etats contractants.

*En ce qui concerne les articles 3 à 7*

9. Le présent Accord ne modifie en rien le droit à des exemptions quelconques existantes accordées au personnel diplomatique ou consulaire en vertu des règles générales du droit international public ou de dispositions conventionnelles particulières. Pour autant que les successions ne sont pas imposables dans l'Etat d'accueil en raison de telles exemptions, elles peuvent être imposées dans l'Etat d'origine.

*En ce qui concerne l'article 8*

10. L'article 8 s'applique aussi aux personnes morales ainsi qu'aux associations et aux masses successorales qui, en tant que telles, sont imposables en qualité de personnes morales. Est assimilé au droit de résidence le lieu de direction ou, si le lieu de direction ne se trouve dans aucun des deux Etats contractants, le lieu du siège dans l'un des Etats contractants.

FAIT à Bonn, le 4 octobre 1954, en double exemplaire original.

Pour la République d'Autriche :

J. STANGELBERGER

O. WATZKE

Pour la République fédérale d'Allemagne :

W. MERSMANN

---

